

WIR INFORMIEREN RICHTIG



**Informationsblatt der SPD-Gemeinderatsfraktion
und der SPD-Ortsvereine Regenstauf – Diesenbach – Steinsberg**

KRITISCH – DEMOKRATISCH

Jahrgang 2011

Dezember

Nr. 42



v.l.n.r.: Hans Dechant, Fred Wiegand, Gordon Meierhofer, Josef Gansmeier, Eberhard Krüger, Paula Wolf, Christian Engl, Werner Schuster, Werner Nichtewitz und Siegfried Böhringer

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger der Großgemeinde Regenstauf!



Am Ende eines Jahres ist es sinnvoll, einen Rückblick auf die vergangenen 12 Monate zu werfen, aber auch einen Ausblick auf das kommende Jahr zu geben. Das Jahr 2011 war ein gutes Jahr für die Großgemeinde Regenstauf. Etliche Maßnahmen, die von vielen Bürgern seit Jahren gewünscht wurden, konnten abgeschlossen werden, z. B. die Errichtung eines Baumarkts oder die Eröffnung eines vor allem von Jugendlichen immer wieder

geforderten Fast-Food-Restaurants. Der Markt Regenstauf verfügt nun über 70 000 Quadratmeter Gewerbefläche und auch für den privaten Bedarf wurden und werden Baugebiete ausgewiesen, etwa in der Hohenwarther Straße in Steinsberg oder das Baugebiet Hasler Zell in Diesenbach. Die Baumaßnahmen an der Schule am Schlossberg sind bis auf die Pausenhalle weitgehend abgeschlossen, in Diesenbach wird eine Kinderkrippe errichtet. Auch die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen haben wir nicht vergessen, so können sie nun in Steinsberg eine Skateranlage nutzen

und in Diesenbach wird eine Dirtbahn errichtet werden. Sehr gut gelungen ist auch der neue Spielplatz auf dem Schloßberg, der im Rahmen des Schloßbergkonzepts nach dem Motto: „Geschichte trifft Natur“ errichtet wurde.

Nach dreißig Jahren war ein Umbau des Rathauses in Regenstauf unumgänglich, und er wird für die Bürger unserer Großgemeinde deutliche Verbesserungen mit sich bringen, etwa durch den Einbau eines Fahrstuhls oder die Einrichtung eines Bürgerbüros.

Mehr Bürgernähe und mehr Mitsprache der Bürger – das ist mir als Bürgermeister ein großes Anliegen. Dies wird durch die Teilnahme des Marktes am Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept gefördert. Unter der Kurzformel „Leben findet innen statt“ wollen wir gemeinsam die Aufgabe anpacken, unsere Gemeinde wieder in allen Bereichen mit Leben zu erfüllen, indem wir auf vorhandene Defizite hin-

weisen und Vorschläge zu ihrer Beseitigung machen. Ich möchte heute schon allen Bürgern danken, die bei der Auftaktveranstaltung im September anwesend waren und durch ihre kreativen Anregungen gezeigt haben, dass sie am Ausbau einer lebendigen Gemeinde mitwirken wollen. Im Januar werden die Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufnehmen und wir dürfen alle gespannt sein auf die Ergebnisse.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die zum Wohle unserer Großgemeinde tätig waren und sind. In meinen Dank eingeschlossen sind alle Einwohner unserer Großgemeinde, die Mitglieder des Gemeinderats für die gute Zusammenarbeit, die Vereine, Kirchengemeinden und Firmen. Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2012, Gesundheit, Zufriedenheit und Engagement für unsere Gemeinde!

Siegfried Böhringer, 1. Bürgermeister

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



seit kurzen habe ich den Fraktionsvorsitz vom 2. Bürgermeister Johann Dechant übernommen. Herr Dechant hat die Fraktion über 9 Jahre geführt. Viele Maßnahmen für die Marktgemeinde Regenstauf hat er angestoßen und mit begleitet. Dafür bedankt sich die SPD-Fraktion. Ich werde alles tun, damit diese gute Arbeit für Regenstauf weiter fortgesetzt wird.

Zum Jahreschluss möchte Ihnen die SPD im Markt Regenstauf wieder einige Informationen zur aktuellen Situation im Markt wie auch in der Bundesrepublik Deutschland geben. Im vergangenen Jahr konnten wieder zahlreiche kleine und große Verbesserungen für Sie, die Regenstauffer Bürger, erreicht werden.

Im Bereich Regental wurde der Radweg verbreitert und bis Marienthal fertig gestellt. Damit ist ein langer Wunsch der Bevölkerung nach diesem Lückenschluss erfüllt worden. Die Planung sieht nun vor, hinter Marienthal eine Holzbrücke über den Regen zu errichten, damit der Radweg weiter bis nach Nittenau geht. Dies liegt jedoch nicht in unserer Hand. In Heilinghausen wurden nach über 10 Jahren endlich die Oberflächenentwässerung und die Straßen wieder hergestellt. Damit ist der Ort zu einem kleinen Schmuckstück geworden. Ein neues Feuerwehrhaus ist im Bau. Im nächsten Jahr wird mit der Sanierung der Straßen in der Ortschaft Hirschling begonnen.

Mit der Ausweisung des Gewerbegebietes Hasler Zell und der Ansiedlung eines Baumarktes, Mc Donald's und einer Tankstelle wurden neue Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten für die Bürger geschaffen. Arbeitsplätze wurden aber auch in anderen bestehenden Baugebieten geschaffen. Regenstauf wird somit „moderat“, bzw. verträglich weiterentwickelt. Im Bereich Gewerbe muss der Marktrat in der Zukunft weitere verfügbare Gewerbeflächen bereitstellen und erschließen. Dies soll mit dem neuen Baugebiet zwischen der B 15 und der Bahnlinie erfolgen. Die SPD im Marktrat unterstützt dadurch die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Bevölkerungsentwicklung in Regenstauf wurde durch das Baulandprogramm nachhaltig beeinflusst. Wir haben mittlerweile über 15200 Einwohner. Die rege Bautätigkeit im gesamten Gemeindegebiet hat nicht nachgelassen. Dadurch werden aber auch die verfügbaren Bauplätze für bauwillige Familien weniger. Der Marktrat beschäftigt sich daher mit der Ausweisung von neuem Wohnbauland in Regenstauf und Steinsberg. Die SPD in der Gemeinde tritt dafür ein, den Familien günstiges Wohnbauland anzubieten, wie dies mit dem Baulandprogramm auch geschieht. Ebenso wird der soziale Wohnungsbau im Auge behalten.

Im Bereich der Schulen wurde die Generalsanierung der neuen „Mittelschule“ nahezu abgeschlossen. Zurzeit geschieht nur noch die Sanierung des Pausenhofes. Die Grundschulen bleiben erhalten. Das ist uns auch besonders wichtig. Es muss der Grundsatz bleiben: „Kurze Beine, kurze Wege“. Aber auch im Bereich der Kinderkrippen tut sich was. Wir haben Kinderkrippen im Grasigen Weg und beim Sieglinde Eckert Kindergarten. Seit kurzem ist im Alten Kloster eine Kinderkrippe eingerichtet. Im nächsten Jahr ist ein Neubau für 2 Kinderkrippen im Schulbereich Diesenbach geplant. Somit können wir auch unseren Kleinsten einen Platz zur Verfügung stellen.

Mit dem Programm „aktive Zentren“ wird untersucht und versucht, den inneren Bereich des Marktes wieder attraktiver und lebendiger zu gestalten. Bürgermeister Böhringer hat mit der Verwaltung sehr vorausschauend bereits Anfang 2010 erste Gespräche zur Vorbereitung des Förderprogramms mit der Regierung der Oberpfalz geführt. Mittlerweile ist eine Lenkungsgruppe aus Vertretern der Bevölkerung, Markträten und Experten aufgestellt. Diese Gruppe arbeitet schon hervorragend.

Das Schlossbergkonzept wurde nahezu abgeschlossen. Unter dem Motto „Geschichte trifft Natur“ wurde auf dem Schlossberg die Sanierung des Wirtshauses, die Wege, der Kreuzweg und andere Maßnahmen durchgeführt. Für die Kinder sind Spielgräte vorhanden. Im nächsten Frühjahr wird im Untergeschoss vom Wirtshaus ein Ausstellungsraum in Zusammenarbeit mit dem Bergverein eröffnet. Dort wird die Geschichte vom Schlossberg und die Natur des Schlossberges gezeigt. Ein Weg von der Vogelstation bis auf dem Schlossberg zeigt dann die Schönheiten, die wir mit diesem Kleinod haben.

Weitere Radwege, z.B. Eitlbrunn, nach Steinsberg, In Steinsberg, aber auch vom Grasigen Weg nach Ramspau sind in Planung. Schwierig gestaltet sich dabei der Grundstückserwerb.

Die Regenstauffer SPD verfolgt das Ziel, dass Regenstauf ein angenehmer, gesunder Wohn- und Lebensraum für seine Bürger ist. Das bedeutet für uns, dass man hier in den Kinderkrippen, -gärten und Schulen gut aufwachsen und heranwachsen kann.

In den Betrieben sollen sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze sein und mit dem Arbeitsplatz vor Ort oder in Regensburg sollen die Familien finanziell abgesichert sein. Die weichen Standortfaktoren wie kulturelles und gesellschaftliches Miteinander sollen Regenstauf zu einem angenehmen Heimatort, einem Lebensraum mit Perspektive werden lassen. In diesem Sinne wünscht Ihnen die SPD Fraktion im Marktrat eine frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr. *Fred Wiegand*
Fraktionsvorsitzender

Kinder und Senioren brauchen unsere Unterstützung



Warum? Weil beide Gruppen in unserer Gesellschaft zu kurz kommen. Für viele Kinder fehlen noch Betreuungsangebote wie Kinderkrippen oder auch Tagesmütter, die den Kindern ein kindgerechtes Aufwachsen ermöglichen, wenn ihre Mütter berufstätig sind. Dafür setzen wir Sozialdemokraten uns mit aller Kraft ein, um Defizite auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu beseitigen. Gute Worte allein helfen nicht, es müssen Taten folgen. Senioren sollte das Leben in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich geboten werden. Deshalb müssen Angebote wie Tages- oder Stundenpflege ausgebaut und verbessert werden. Man könnte auch Schüler und Studenten zu

kleineren Hilfsdiensten ermutigen, etwa Einkäufe zu erledigen, putzen oder mit den Senioren spazieren gehen und Gespräche führen.

Ein derartiges Engagement könnte dann später bei Bewerbungen durch die Arbeitgeber positiv berücksichtigt werden. Unsere Gesellschaft braucht alle Generationen, nur gemeinsam wird es uns gelingen, für Senioren, aber auch für unsere Kinder und Kindeskiner eine erstrebenswerte Zukunft zu gestalten.

Regenstau ist dabei auf einen guten Weg, wie der vor kurzem eröffnete Familienstützpunkt im Mehrgenerationenhaus der Gemeinde zeigt.

Paula Wolf

Kreis- und Markträtin Regenstau/Diesenbach

Hätten Sie's gewusst?

Mit dem Geld, das der Banker Kweko Aboboli von der Schweizer Bank UBS 1,5 Milliarden Euro verzockt hat. Mit dem Geld könnte man z. B. 1 Jahr lang 1.8 Mio. Kindergartenplätze bezahlen, oder 36 Tonnen Gold kaufen.

Die Energiewende gemeinsam aktiv gestalten



Am 14. Juni 2000 unterschrieb die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder den Vertrag mit den vier Atomkraftwerksbetreibern über den stufenweisen Ausstieg aus der Atomenergie. CDU, CSU und FDP ruderten davon wieder zurück und schwenkten erst nach der verheerenden Atomkatastrophe von Fukushima wieder auf den Weg des Ausstieges aus der Atomkraft ein.

Seither ist es überall im Land möglich auch mit der CSU über die Energiewende zu sprechen.

Wir haben uns im Landkreis Regensburg daran gemacht, die Energieversorgung auf eine nachhaltige, sprich regenerative und regionale Versorgung umzustellen. Dies ist eine große Aufgabe, bedeutet es doch mehr als nur die verbrauchte Strommenge im Landkreis Regensburg selbst mit regenerativer Energie zu erzeugen. Vielmehr besteht die große Herausforderung darin, alle benötigte Energie für Strom-, Wärme- und Kraftstoffversorgung zur richtigen Zeit, am richtigen Ort zur Verfügung zu stellen.

Der Umstieg auf regional erzeugte, erneuerbare Energie gelingt nur gemeinsam, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bürgerinnen und Bürgern, der örtlicher Wirtschaft und der Politik.

Daher hat der Landkreis Regensburg die Gründung von zwei Energiegenossenschaften stark vorangetrieben. Die Kommunale Energie Regensburger Land e. G., kurz KERL, in der der Landkreis Regensburg, die 41 Kommunen im Landkreis und interessierte Bürgerenergiegenossenschaften zusammengeschlossen sind, gewährleistet eine landkreisweite koordinierte Vorgehensweise.

Und eine Bürgerenergiegenossenschaft für alle Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis Regensburg, ermöglicht es interessierten Bürgerinnen und Bürgern in erneuerbare Energieerzeugungsanlage im Landkreis Regensburg zu investieren und die Energiewende somit aktiv zu gestalten. Gerade weil wir als SPD überzeugt davon sind, dass die Energiewende nur gemeinsam gelingen kann, ist das Genossenschaftsmodell so gut geeignet. Die Genossenschaft ist ausschließlich seinen Mitgliedern verpflichtet, kann nicht durch andere Wirtschaftsunternehmen übernommen werden und ist sehr demokratisch. Jedes Mitglied hat eine Stimme, unabhängig von der Höhe der finanziellen Beteiligung. Nicht zuletzt sollen mit den beiden Energiegenossenschaf-

ten auch Geld verdient werden. Durch die gesetzlich garantierten Vergütungssätze und die im Genossenschaftsgesetz festgelegte Haftungsbegrenzung in Höhe der Einlage ist dies auch eine sehr sichere Kapitalanlage.

Mit dem in der Region akquirierten Kapital können wir unsere Energieversorgung selbst gestalten. Die Wertschöpfung bleibt in der Region und wir schaffen Arbeitsplätze. Das zweigliedrige Genossenschaftsmodell gewährleistet damit die optimale Umsetzung des Grundsatzes: „Aus der Region – Für die Region!“

Die SPD im Landkreis Regensburg fordert schon lange eine Bürgerenergiegenossenschaft und ist deshalb sehr froh darüber, dass nun endlich die Gründung in die Wege geleitet worden ist. Wir hoffen dass sich viele Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen.

Die Gründung der Genossenschaften ist ein erster wichtiger Schritt. Die SPD ist sich jedoch auch im klaren darüber, dass es noch weiter gehen muss. Gerade das größte Potenzial im Landkreis Regensburg, die Energieeinsparung, wird noch zu wenig ausgenutzt. Dieses Thema gehen wir als nächstes an, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Mach Sie doch mit!

**Die SPD-Fraktion hat immer Sprechstunde:
Uns können sie jederzeit anrufen.**

Böhringer Siegfried,

1. Bürgermeister 0 94 02/5 09 41

Dechant Johann,

2. Bürgermeister 01 70/6 35 68 19

Wiegand Fred,

Fraktionsvorsitzender 01 70/3 25 33 87

Engl Christian 01 70/2 28 88 01

Ganslmeier Josef 0 94 02/17 63

Krüger Eberhard 0 94 02/46 77

Nichtewitz Werner 01 51/19 14 71 67

Schuster Werner 0 94 02/12 20

WWW.SPD-Regenstau.de

WWW.SPD-Steinsberg.de



Für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus

Weil sie nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passten, wurden mindestens zehn Menschen von polizeibekanntem Rechtsextremisten heimtückisch ermordet. Mitten in Deutschland. Skrupellos, ohne jede menschliche Regung. Verfassungsschutz, Polizei und Justiz haben weder die Zusammenhänge der Morde noch die wahren Motive der Mörder erkannt. Schlimmer noch: Viele der Ermordeten wurden schnell und falsch zu Opfern organisierter Kriminalität erklärt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fassungslos, dass Menschen zu solchen Taten fähig sind. Wir schämen uns für die schweren Fehler, die bei den Ermittlungen gemacht wurden.

Wir schämen uns aber auch für unsere Leichtgläubigkeit, weil wir selbst den hastigen Ausschluss rechtsextremer Motive nicht hinterfragten. Hierfür entschuldigen wir uns bei den Hinterbliebenen der Opfer. Wir sind wütend, dass immer noch nicht alles unternommen wird, dem weiter erstarkenden Rassismus und Rechtsextremismus wirksam Einhalt zu gebieten.

Seit fast 150 Jahren steht die SPD für eine demokratische, offene, tolerante und von Solidarität und sozialem Zusammenhalt geprägte Gesellschaft. Für uns bedeutet Demokratie die Gewährleistung individueller Freiheit, umfassender gesellschaftlicher Teilhabe, Schutz von Minderheiten und sozialem Ausgleich. Wir lassen es nicht zu, dass Rassisten und Rechtsextremisten unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie zerstören.

Den NPD-Wählern in Regensburg kann ich nur sagen, wählt diese Partei nicht mehr. Ihr unterstützt damit den Rechtsextremismus, wie wir ihn erlebt haben.

Sagt Euren Kindern, die auf diesem falschen Weg sind, dass sie umkehren.

Im Kampf gegen neue wie alte Nazis müssen wir drei Schritte gleichzeitig gehen:

1. Rassistische und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft bekämpfen!
2. Rassisten und Rechtsextremisten überwachen, überführen und verurteilen!
3. Organisierten Rechtsextremismus bekämpfen!

Parteien, die darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig (Art. 21 Abs. 2 GG).

Wir wollen, dass die menschenverachtende NPD endlich verboten wird!

Auch in vielen anderen Ländern in Europa sind seit Jahren rechtspopulistische und rechtsextremistische Kräfte auf dem Vormarsch. Der grausame Gewaltakt in Norwegen am 22. Juli dieses Jahres hat uns dies in einem bis dahin für undenkbar gehaltenen Ausmaß vor Augen geführt. Wir empfinden großen Respekt vor der Reaktion des norwegischen Volkes, das Grausamkeit mit Zusammenhalt beantwortet hat. Das hat uns alle sehr bewegt.

Das demokratische Norwegen ist uns Vorbild, mit Mut zu handeln, in der Gewissheit für das Richtige zu streiten: Mehr Offenheit. Mehr Demokratie. Mehr Freiheit. Denn: „Nazismus, alter Nazismus, aufgewärmter Nazismus, Neonazismus ist Verrat an Land und Volk“ (Willy Brandt, 1968).

Fred Wiegand

Helmut Schmidt



„Ich teile die Menschheit gern in drei Kategorien ein. Die erste Kategorie, das sind die normalen Menschen ..., das sind vielleicht 98 Prozent. Zweite Kategorie, das sind die mit einer kriminellen Ader. Die gehören vor Gericht ... Und die dritte Kategorie sind Investmentbanker und Fondsmanager. Dabei ist das Wort Investmentbanker nur ein Synonym für den Typus Finanzmanager, der uns alle, fast die ganze Welt, in die Scheiße geritten hat und jetzt schon wieder dabei ist, alles wieder genauso zu machen, wie er es bis zum Jahre 2007 gemacht hat.“

Die Zeit, 14. Juli 2011

SPD und Bauern in Energiewende einig



Ohne unsere Energiewirte wird die Wende zu 100 % erneuerbarer Energie in Deutschland nicht gelingen. Die Ressourcen liegen im großen Teil bei den Landwirten: im kleinen Kreis die Holzbelieferung und Produktion, im mittleren Kreis die Biogasanlagen und Stromerzeugung auf den Maschinenhallen und Stallungen oder auch bei Großprojekten wie Windenergie.

In allen Bereichen sind unsere Landwirte durch ihr Know How, aber auch durch die von ihnen produzierten Ressourcen beteiligt. Die SPD hat einst die Energiewende zum großen Teil mit verfasst und hat unserem Bauernstand ein zusätzliches Standbein geschaffen, durch das mit Hilfe geschickter Investitionen die Betriebe ausgebaut und erhalten werden konnten. Die SPD steht zu unserem Bauernstand und nicht wie andere Gruppierungen zu Großkonzernen und großen Unternehmen, bei denen für die Energie-

wirte kein Platz ist. Die SPD unterstützt auch keine Brückentechnologie, wie die Atomenergie, bei der die Endlagerung immer noch nicht geklärt ist und weiter produziert wird.



„Mehr Demokratie wagen“ (Regierungserklärung Willy Brandt am 28. Oktober 1969)



Im Jahr 2011 gewinnt diese Aussage immer mehr an Bedeutung. Seit die Wähler bei der Bundestagswahl am 27.9.2009 der schwarz-gelben Regierung zu einer deutlichen Mehrheit verholfen haben, merken wir fast täglich, wie in Berlin Politik am Willen der Bürger vorbei, gemacht wird!

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ (Art. 20 Abs. 2 GG)

Aber Kanzlerin Merkel und ihre Koalition legen diese sog. „Generalklausel“ nach ihren parteipolitischen Vorstellungen aus. Sie regieren am Willen des Volkes vorbei. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nach empirischen Untersuchungen mit den Entscheidungen der letzten 24 Monate nicht einverstanden:

- ◆ Ende des solidarischen Gesundheitssystems
- ◆ Verweigerung eines **gesetzlichen** Mindestlohns, dadurch wird ein faires Arbeitsverhältnis verhindert und Lohnrückerei gefördert.
- ◆ Unsicheres, teilweise nicht nachvollziehbares Agieren bei der sog. Euro- und Finanzkrise
- ◆ Kürzung der finanziellen Unterstützung von Kindern und Familien (nicht nur bei „Hartz 4“-Empfängern)
- ◆ Ungerechte steuerliche Verteilung. Der Abstand von Arm und Reich wird immer größer (Mehr Netto vom Brutto?!?)
- ◆ Rente mit 67 unter den aktuellen Verhältnissen am Arbeitsmarkt zur Zeit nicht realisierbar

Dies sind nur einige Beispiele, wie sich unzufriedene Stimmung in der Bevölkerung immer mehr breit macht. Die Verantwortlichen in Berlin scheint dies jedoch nicht zu interessieren.

Gleichzeitig verlassen immer mehr gewählte Spitzenpolitiker ihre Ämter während der laufenden Wahlperiode:

Bundespräsident Horst Köhler
Ministerpräsident Roland Koch
Ministerpräsident Günther Oettinger
Ministerpräsident Christian Wulff
Ministerpräsident Peter Müller
1. Bürgermeister Ole von Beust
Minister Georg Fahrenschon

Mir bereitet diese Art von Staatsverständnis erhebliche Sorgen. Darum sollten wir uns immer mehr über das politische Tagesgeschehen informieren und uns nicht darauf verlassen, sollte unsere Regierung erneut über das Ziel hinaus schießen, dass dies wiederum vom Bundesverfassungsgericht korrigiert werden muss.

Meierhofer Gordon

Gleiche Bildungschancen in Bayern!



Frühkindliche Bildung:

Kitas sind Bildungseinrichtungen. Diese Einsicht bestreitet kaum jemand mehr. Dennoch fehlt es an einem schlüssigen Konzept, bereits im frühkindlichen Bereich für gleiche Bildungschancen zu sorgen. Besonders die Sprachförderung muss verstärkt werden. Um finanzielle Barrieren zu beseitigen, ist das letzte Kita-Jahr gebührenfrei zu stellen. Nur so können wir dem Gebot der kostenfreien Bildung in einem umfassenden Sinne gerecht werden. Alle Kinder müssen unabhängig von ihrem familiären Hintergrund die Chance haben, eine Kita zu besuchen.

Schulen:

Auch im Schuljahr 2011/12 sind Unterrichtsausfall, übergroße Klassen und fehlende Lehrkräfte an Bayerns Schulen wieder Alltag. Individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ist so nicht möglich. Wer es sich leisten kann, greift auf private Nachhilfe zurück – auf der Strecke bleiben die sozial Benachteiligten. Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher eine Erhöhung der Einstellungsquote für den Schuldienst und eine Absenkung der maximalen Klassenstärke auf 25. Maßnahmen, die längst überfällig sind und von Lehrer- und Elternvertretern seit langem angemahnt werden. Außerdem müssen wir unseren Schulen mehr Handlungsspielräume zugestehen, um regionalspezifische Herausforderungen zu meistern. Die SPD tritt daher für eine „selbständige Schule“ ein, die in Haushalts- und Personalfragen, aber auch in Fragen der Unterrichtsgestaltung mehr Eigenverantwortung übernimmt.

Hochschulen und Universitäten:

Weg mit den unsozialen Studiengebühren, hin zu einer Hochschulbildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern! Sicherlich ist das derzeit das brennendste Thema an Bayerns Hochschulen: Der Freistaat hat sich gemeinsam mit Niedersachsen ins Bildungsabseits gestellt: In den übrigen Bundesländern wurden die Studiengebühren wieder abgeschafft oder erst gar nicht eingeführt. Im Hochschulbereich besteht darüber hinaus großer Handlungsbedarf: Sicherstellung der Finanzierung von Forschung, Lehre und Studentenwerken, ausreichendes Angebot an Masterplätzen sowie eine Sanierung und Modernisierung der Gebäudesubstanz.

Margit Wild, MdL

Ministerpräsidenten- kandidat für 2013

Christian Ude spricht am Aschermittwoch (13.02.2012) in Vilshofen nicht im Wolferstätter Keller, sondern in einem großen Bierzelt. Die SPD Regenstauf fährt mit einem Bus. Anmeldung auch für Nichtmitglieder bei F. Wiegand 094 02/82 25 oder E. Krüger 094 02/46 77



Späte Einsicht?

Damals

„Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab.“

(Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009)

Und Heute

„Die CDU Deutschlands hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.“

(Empfehlung der Antragskommission für den CDU-Parteitag Mitte November 2011 in Leipzig)

**Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern der Großgemeinde Regenstauf
ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein friedvolles, gesundes Jahr 2012.**

Mit diesen Wünschen dürfen wir Ihnen auch zugleich
unseren Dank für Ihr Vertrauen zum Ausdruck bringen.

Die Mandatsträger

MdL Margit Wild

MdEP Ismael Ertug

MdLFranz Schindler

Josef Weitzer, stv. Landrat,

Rainer Hummel, Kreisrat Kreisvors.,

Joachim Wolbergs, Unterbezirksvorsitzender

Johann Dechant, Fraktionsvorsitzender Kreistag

Siegfried Böhringer Bürgermeister

Gemeinderäte Regenstauf

Johann Dechant, 2. Bürgermeister

Fred Wiegand, Fraktionsvorsitzender

Christian Engl, Steinsberg

Josef Gansmeier, Regenstauf

Eberhard Krüger, Regenstauf

Werner Nichtewitz, Regenstauf

Werner Schuster, Diesenbach

Paula Wolf, Diesenbach

SPD-Ortsvereine

Regenstauf

Fred Wiegand

Diesenbach

Gordon Meierhofer

Steinsberg

Christian Engl

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Uta Wiegand

